

Hohenstein-Ernstthalener Tageblatt

Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortshafte.



Druck und Verlag von J. Ruhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Nr. 38

Dienstag, 14. Februar 1922

72. Jahrg.

Wirtschaftspraxis und politische Theorie.

Wer sich auf Grund der Beilegung des Eisenbahnerstreiks der Hoffnung hingeben wollte, daß unter Wirtschaftslieben in den kommenden Monaten in ruhiger Bahnen eintreten würde, hat die tieferen Absichten dieser Bewegung nicht richtig erkannt und dürfte schwer getäuscht werden. Die Kämpfe über die Frage „Ermäßigung oder Nichterfüllung“, die sich bisher zwischen den einzelnen Parteien im Reichstag abspielten, beginnen nun aus dem Rahmen des Parlamentarismus hinaus in die Praxis des Wirtschaftslebens hindurchzubrechen. Unsere Regierung hat die dringende Aufgabe übernommen, den Bützel der Entente zu spielen. Dabei zeigt sich, daß die Folgen der Ermäßigungspolitik im täglichen Leben vorwiegend sind als es sich wohl mancher unserer friedliebenden Volksgenossen träumerischer Kosmopoliten vorstellen. Selbst ihnen dürfte in einiger Zeit klar werden — so lesen wir in der „Egl. Rundschau“ — daß wir nur vor der einen Frage stehen, ob wir einen Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft einem Zusammenbruch unseres Steuersystems samt Ermäßigungspolitik vorziehen.

In der Debatte der deutschen Sachverständigen zur die Londoner Konferenz ist ausgedrückt worden, daß zur Erfüllung der Forderungen der Alliierten durch Ausfuhr eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit von 8 auf 14 Stunden erforderlich sei. Wenn auch von Seiten der Sozialdemokratie immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die deutschen Arbeiter von dem lebhaften Gefühl ihrer Leistungsfähigkeit gegenüber den Alliierten getragen sind, so würde der Arbeiter aus diesem Gefühl heraus doch schwerlich bereit sein, auf eine tägliche Arbeitszeit von 14 Stunden einzugehen. Wir sollten endlich einsehen, daß es aussichtslos ist, durch interpolitische Maßnahmen das Postulato unserer Zahlungsabgabe ausgleichen zu wollen. Ob nun die eine Schicht der Bevölkerung oder die andere schwerer für die Last der Tributzahlungen herangezogen wird, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, vermag an dem Endergebnis nichts zu ändern.

Daß sich heute in weiten Kreisen der Bevölkerung eine merkliche Abneigung gegen alle freiwilligen Hilfsleistungen zeigt, ist eine notwendige Folge dieser Politik unserer Regierung.

Andererseits ist aber beispielsweise die Durchführung des landwirtschaftlichen Hilfsplans, gerade bei der Gefährdung unseres gesamten Wirtschaftslebens um so notwendiger, als es die Möglichkeit bietet, das Volk einigermaßen aus eigener Scholle zu ernähren und die Einfuhr ausländischer Lebensmittel auf ein Mindestmaß zu bringen. Dem Einfluß der landwirtschaftlichen Führer ist es zu danken, wenn schon heute mit dem „kleinen Hilfsplan“ begonnen wird, das heißt mit einer Minderung der Erzeugung, soweit es durch die Kräfte des einzelnen ohne umfassende Organisation möglich ist. Die für das „Hilfsplan“ im Großen benötigten Arbeitkräfte zu machen, ist heute infolge der starken Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe schon durch Steuern und die in Aussicht genommene Zwangsanleihe keine einfache Aufgabe. Durch die schubhafte Geldlosigkeit, die heute in den mittleren und kleineren Betrieben herrscht, sollte man sich nicht täuschen lassen. Die erschreckende Extensivierung der meisten landwirtschaftlichen Betriebe, die eine der verhängnisvollsten Mängel unseres scharfen Ertragsbestimmungssystems ist, hat vielen Besitzern zwar die Anhäufung verhältnismäßig reicher Geldmittel ermöglicht. Wenn nun auch in vielen bäuerlichen Betrieben mit einer Tilgung der Hypotheken begonnen wurde, so darf man doch nicht vergessen, daß die gesamte hypothekarische Vorkriegsverschuldung eines bäuerlichen Besitzes heute vielfach noch nicht einmal dem Wert eines einzigen gespannten Pferdes gleichkommt. Die Mittel, die heute für eine ertragreichere Betriebsgestaltung aufgewandt werden müssen, sind ganz ungeheuer und stehen zu dem gesamten hypothekarischen Vorkriegsverhältnis in gar keinem Verhältnis. Ein Uebergang zu intensiveren Betriebsformen wird sich aber erst dann tatsächlich durchführen lassen, wenn es gelingt, den Bauer zu überzeugen, daß es für ihn lohnender ist, sein flüssiges Geld wieder in dem eigenen Betrieb arbeiten zu lassen, als es aus Furcht vor dem Finanzamt in Land zu vergeuden. Die für das Gelingen jedes Unternehmens geltenden Grundsätze kaufmännischer Rentabilität müssen auch wieder in der Landwirtschaft zur Anwendung kommen und dem Bauern der Mehrertrag seiner Arbeit nicht zum größten Teil fortgeführt werden. Durch die Anwendung moralischer Druckmittel allein wird man auf dem Lande schwerlich mehr erreichen als an anderen Orten.

Die neue Krise.

Die innenpolitische Lage ist so verunruhigt, man aus Berlin — noch völlig ungeklärt. Daran haben auch die unveränderten Besprechungen, die am Sonntag zwischen einzelnen Parlamentariern stattgefunden haben, nichts geändert. Gestern hatten offizielle Verhandlungen stattgefunden. Innerhalb der Regierungsparteien äußert man sich teilweise recht zurecht und erklärt eine Mehrheit für Wirth als gesichert. Die Mehrheit steht aber offenbar nur auf schwachen Füßen. Eine wesentliche Rolle wird, wie gemeldet, die Bayerische Volkspartei bei der Entscheidung spielen. Aber selbst wenn sie geschlossen für das Vertrauensvotum stimmen würde, würde sich doch nur eine ganz geringe Mehrheit dafür ergeben und diese auch nur unter der Voraussetzung, daß die Regierungsparteien vollständig vertreten sein werden. Es wird aber jetzt schon als feststehend erachtet, daß vom Zentrum und den Demokraten eine ganze Anzahl Abgeordneter fehlen wird. Es gilt als wahrscheinlich, daß die Bayerische Volkspartei die Abstimmung freigeben wird, in welchem Falle dann schätzungsweise fünf Abgeordnete mit dem Vertrauensvotum stimmen dürften. Bei der Mehrheitsverteilung besteht eine große Neigung für eine Verständigung mit den Unabhängigen. Die Koalitionsparteien dürften aber schwerlich gewillt sein, auf die Forderung der Unabhängigen einzugehen und die Person des Reichsverkehrsministers sowie die des Finanzministers zu opfern. Dieses Opfer ist aber die Mindestforderung, die seitens der Unabhängigen gestellt wird.

Tak auch das Koalitionstabern, nicht nur die Parteien, für Groener und Hermes eintritt und mit ihnen stehen und fallen will, ist folgende Meldung: Berlin, 13. Febr. Das Kabinett Wirth hat sich in seiner gestrigen Sitzung solidarisch mit den Reichsministern Groener und Hermes erklärt. Damit ist für die Regierungskoalition eine klare Situation für die Verhandlungen mit den Unabhängigen und auch mit den Gewerkschaften über die Forderungen nach Entlassung der beiden Reichsminister geschaffen.

Die Haltung der Unabhängigen

wird in der gestrigen „Neuziger Volkszeitung“ wie folgt dargestellt:

Wir halten es für die unbedingte Pflicht der U. S. P., die Spekulation der Rechten auf den Sturz der Regierung Wirth zu durchkreuzen. Jedoch kann die Partei wegen der Haltung der Regierung beim Eisenbahnerstreik dem Kabinett nicht ein Vertrauensvotum ausstellen, aber sie wird der Aufgabe, daß sie die äußere Politik des Kabinetts unterstützt, nachgekommen durch Stimmhaltung. Der Umstand, daß eine Regierung von rechts oder die große Koalition, die allenfalls nach einem Sturz des Kabinetts Wirth ausbrüchen könnte, die Eisenbahnbeamten und Arbeiter viel schwerer verfolgen würde, als sie unter der Regierung Wirths möglich sein werden, dürfte unserer Partei diese Stellung erleichtern. Wenn die Kommunisten mit Mißtrauensvotum gegen die Regierung kommen, so handeln sie sicher nicht im Interesse der Eisenbahner.

Die „Volkszeitung“ bringt diese Meldung in ihrem Druck, sie ist also als eine besondere Parteienauskunft zu betrachten.

Deutschnationale Partei und Regierungstreue.

Im „Tag“ legt der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Hergt, den Grund dar, weswegen seine Fraktion am Sonntagabend dem Vertrauensantrag des Zentrums, der die Abstimmung über das Mißtrauensvotum bis auf Mittwoch verschob, angenommen hat. Er betont, daß mit der Deutschen Volkspartei ein festes Einvernehmen über das weitere Vorgehen nicht habe erzielt werden können und daß die Annahme der Vertagung unter der Voraussetzung geschah, daß die Regierungsparteien das vom Kanzler geforderte Vertrauensvotum tatsächlich einbringen würden.

Er betonte vor allem, daß eine Abstimmung über ein Mißtrauensvotum gegen Wirth bedauerlich wäre, nur ein Scheinversuch gewesen wäre, denn ein außerordentlich großer Teil aller Abgeordneten, nämlich der Mitte, hätte gefehlt, weil niemand eine Staatsaktion erwartet hätte. An die Annahme eines der fünf Mißtrauensvoten wäre wohl kaum zu denken gewesen. Der Kanzler habe auch erkannt, daß durch Einbringung eines Vertrauensvotums eine wirklich klare Situation geschaffen werden müßte, obwohl er dadurch keine Risiken welen-

lich verschleppete, denn er vereinigte damit die sonst bei den Mißtrauensanträgen auseinandergehenden rechts und linksstehenden Parteien zu einer einheitlichen, das Vertrauensvotum ablehnenden Opposition. Hergt hebt hervor, daß diese Klärung auch im Hinblick auf das Ausland notwendig war, das wissen mußte, woran es mit Wirth mit Deutschland war.

Die Deutschnationale Volkspartei wolle aber eine hochanständige, wahre und ehrliche Politik treiben, und nicht, wenn es ihr einmal beschiden sein sollte, zur entscheidenden Mitwirkung bei der Regierung des Landes versetzen zu sein, ihre Regierungstätigkeit mit einem Flecken auf der weißen Weste beginnen. Eine Abstimmung über ein solches Mißtrauensvotum würde eine gute Grundlage für einen möglichen Appell an das Volk durch Neuwahlen geben. Niemals würden die Deutschnationalen ein neues Regierungsgestütze in Deutschland ernst genommen haben, von dem sie wußten, daß seine Entlassung bloß auf parlamentarischer Regie beruhe.

Nachträge zum Eisenbahnerstreik.

In den Kreisen der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und anderer Eisenbahnerverbände herrscht nach wie vor große Erregung wegen der bevorstehenden und bereits eingeleiteten Maßnahmen solcher Beamten, die am Streik beteiligt waren. Die Stimmung dieser Kreise hat ihren Niederschlag in einer Eingabe des Hauptvorstandes sowie in verschiedenen Versammlungsgeschickungen gefunden, über die wir folgendes mitteilen können:

Berlin, 13. Febr. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und anderer Eisenbahnerverbände hat am Sonntag eine Sitzung abzu der Vertreter aus allen Teilen des Reiches abgehalten. Der Zweck der Aussprache war, festzustellen, in welchem Umfange in den einzelnen Eisenbahndirektionen Maßnahmen nach dem Streik und die Disziplinierungen von Beamten vorgenommen worden sind. Es wurden in der Versammlung Angaben über die Zahl der Anträge auf Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung oder der Minderung gemacht. Danach sollen bei den verträglich beschäftigten Eisenbahnen etwa 3000 Mann betroffen werden. Die Reichsgewerkschaft hat deshalb dem Reichsanwalt am heutigen Montag eine Eingabe überreicht, in der der Kanzler gebeten wird, dafür Sorge zu tragen, daß die Disziplinierungen sich im Rahmen der vom Kabinett aufgestellten Richtlinien halten. Weiter heißt es in der Eingabe, daß das bisherige Vorgehen der nachgeordneten Dienststellen bei den Eisenbahnergroße Erregung hervorgerufen habe und daß, falls die Regierung nicht für Abhilfe sorge, mit neuen öffentlichen Aktionen gerechnet werden muß.

Wie wir dazu erzählten, sind die von der Reichsgewerkschaft angezogenen allerdings sehr zahlreichen Verfahren nach während des Streiks, also noch vor Aufstellung der Richtlinien durch das Kabinett seitens der Direktionspräsidenten und der Leiter von Werkstätten-Betriebsämtern usw. beantragt worden. Es ist deshalb auch nicht anzunehmen, daß alle diese Verfahren wirklich durchgeführt werden.

Leipzig, 13. Febr. In einer Eisenbahnerversammlung am Sonntag wurde einstimmig folgende Entscheidung angenommen: Die am 12. Februar im Zoologischen Garten in Leipzig von fast 6000 Kollegen der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und deren Anwärter, Deutscher Eisenbahnerverband und Allgemeiner Eisenbahnerverband besuchte Versammlung erhebt klammenden Protest gegen die Maßregelungen, die im Bezirk der Direktion Halle und im Bereich der Generaldirektion Dresden vorgenommen sind und noch vorgenommen werden. Siehe: Entlassungen, — Einstellung unter einjähriger Kündigungsfrist; — Telegramm Nr. 776 vom 10. Februar 1922 Dresden, wonach die Bediensteten, die gestreift haben, keinen ihnen zuzehenden Urlaub erhalten sollen. Die Versammlung von Groß-Leipzig erklart in die in den Maßnahmen vielmehr einen Wortbruch der gegebenen Zusicherungen des Reichsanwalters; sie fordert die Vertreter, welche mit dem Reichsanwalt verhandeln, auf, als erste Bedingung die nicht zu Recht bestehenden Maßregelungen zurückzuziehen und erwarten, daß der Reichsanwalt sein gegebenes Wort einlöst und die Beamten und Arbeiter nicht zu unbesonnenen Maßnahmen zwingt. Die Versammlung ist entschlossen, bis auch der letzte Gemahregelte wieder eingestellt ist, geschlossen wieder in den Kampf zu treten.

Chemnitz, 13. Febr. Am Sonntagvormittag fand hier eine von den Kommunisten arrangierte öffentliche Eisenbahnerversammlung statt.

in der die Streikleitung Bericht erstattete. Die Versammlung, in der etwa 1500 Eisenbahnbeamte und Arbeiter gewesen sein sollen, nahm eine Entschlieung an, in der erklärt wurde, daß sie auf Grund des ungenügenden Zustandes der Regierung den härtesten Protest einlege und nach wie vor geschlossen kampfbereit stehe und sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen jede Maßregelung wenden wolle.

Keine Maßregelungen — keine Belohnungen.

Im nächsten Landtag ist folgender Antrag von den Kommunisten eingebracht worden: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß keine Maßregelungen der am Streik beteiligten Eisenbahner stattfinden, weiter, daß den Beamten ihre berechtigten Forderungen bewilligt und schließlich, daß keine Belohnungen für Streikbrecher bezahlt werden. — Da am nächsten Donnerstag sowie die Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik zur Aussprache steht, dürfte über diesen Gegenstand wieder eine hunderttausend Ausrede entstehen.

Die Disziplinierung der streikenden Eisenbahnbeamten in Sachsen.

Zu Befolg der von der Reichsregierung angeordneten Richtlinien für die Disziplinierung der am Streik in hervorragender Weise tätigen Beamten sind auch im Bereich der Generaldirektion Dresden der Reichseisenbahn entsprechende Maßnahmen getroffen bzw. eingeleitet worden. In keiner Anzahl von Fällen ist bereits die Entlassung von solchen Angestellten erfolgt, bei denen es auf Grund des Angelegenheitsverhältnisses möglich war. Gegen eine Anzahl unzulässig angestellter Beamter ist das Verfahren zur Entlassung im Gange, in einzelnen Fällen ist bereits Suspension vom Amte erfolgt. Die gleichen Maßnahmen sind auch gegen eine Anzahl der am ersten Eisenbahnerstreik Beteiligten eingeleitet bzw. schon durchgeführt worden. Bezeichnend ist das Verhalten der in leitender Stelle der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Anwärter tätig gewesenen Beamten. Diese waren, wie der „Sächsische Zeitungsdienst“ erzählt, vom Reichsverkehrsministerium beurlaubt worden, um ihnen die Möglichkeit zur Arbeit in der Reichsgewerkschaft zu geben. Wie in diesem Urlaub ausgenutzt haben, besteht der ausgedehnte Streik, für den sie die Vorarbeit als beurlaubte, d. h. aus allgemeinen Staatsmitteln weiterbezahlte Beamte leisteten. Als diese Beamten dann bei Ausbruch des Streiks von ihrer Behörde die Ueberweisung erhielten, daß ihr Urlaub aufgehoben sei, und daß sie sofort zum Dienst zu erscheinen hätten, lehnten sie dies rundweg ab. Diese Dienstverweigerung ist ebenfalls die Veranlassung zur Einleitung von Disziplinarverfahren gegen diese Beamten gewesen.

Groeners Dank an die Rothelfer.

Zu einem Dankerlag des Reichsverkehrsministers an das pflichterfüllende Personal und die technische Nothilfe sowie die Arbeiter, die ihre Arbeit nicht verlassen haben, heißt es:

Das dreifache Zusammenwirken hat unser Vaterland vor Hunger und schweren wirtschaftlichen Schädigungen bewahrt. Darum sage ich allen den pflichtgetreuen Beamten, Angestellten und Arbeitern die besten Dankworte für ihre aufopfernden Leistungen und wärmsten Dank.

Ich freue mich besonders, diesen Dank ohne Einschränkung dem Personal der Reichsbahn in Bayern und Württemberg aussprechen zu können, das diesen Teilen des Reiches das verhängnisvolle Schauspiel einer Dienstverweigerung völlig erspart hat. Möge der Verlauf der Bewegung zur Folge haben, daß sich nunmehr Pflichten und Interessen und Bestreben für die Staatsnotwendigkeiten in allen Kreisen der Beamtenschaft durchsetzen. Nur so kann das Verkehrsleben einer baldigen Gesundung entgegengeführt und die dem Berufsbeamtentum drohende Gefahr beseitigt werden.

Berlins Schaden durch den Gemeindefahrer-Streit.

Die Stadt Berlin beziffert ihren durch den Streit der hiesigen Arbeiter verursachten Schaden auf 1 1/2 Milliarden Mark. Das Einsehen der Technischen Nothilfe hat allein 750 Millionen Mark Aufwand verursacht. Der Oberbürger-